

(Vizepräsident Spitz.)

(A) und dann wurde den bürgerlichen Parteien, das Zentrum eingeschlossen, die jenem Loderuf der Sozialdemokratie gefolgt waren, schon in den nächsten Tagen der Wechsel präsentiert, der von seiten der Sozialdemokraten darin bestand, nun die Herren, die in jener Frage an ihrer Seite gegangen sind, zu veranlassen, auch noch weiter zu gehen, nämlich in der Richtung, daß überhaupt darüber, ob und wie lange ein Reichskanzler im Amt bleiben könne, nur der Reichstag entscheidet, und ebenso darüber, ob und inwieweit überhaupt das gesamte Heerwesen nach der Richtung des Milizwesens eine Umänderung zu erfahren habe, ebenso wie auch die Kommandogewalt des Kaisers beschränkt werden sollte. Diese Rechnung wurde sofort den Herren, die die Sozialdemokratie damals an ihrer Seite gehabt hat, präsentiert, die allerdings aufwachten und erkannten, wohin jener Weg führt, nämlich zur Demokratisierung des deutschen Reiches und Volkes in der ausgesprochensten Weise.

(Zuruf des Abgeordneten Nitzsche [Leuzsch].)

Nun, Herr Kollege Nitzsche, ich stelle Ihnen das Zeugnis eines nationalgesinnten Mannes aus und weiß, daß ihre ganze Partei dieses Anerkenntnis mit Ihnen gleichzeitig beanspruchen kann. Eben deshalb aber hat man sich auch sofort losgesagt von jenem Anhängsel, hat aber dann damit auch anerkannt, daß tatsächlich durch jenes Vorgehen der Demokratisierung des Reiches in der ausgesprochensten Form Vorschub geleistet werden würde.

Also, meine Herren, ich möchte nicht, daß Sie aus meinen Darlegungen mehr Vorwürfe entnehmen, als wirklich darin liegen sollen.

(Abgeordneter Brodauf: Es waren gerade genug!)

Ich kann den Nationalliberalen den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich anfänglich an dem Vorgehen gegen den Reichskanzler beteiligt haben, erkenne aber gern an, daß sie in dem Augenblicke, wo sie eingesehen haben, wohin dieser Weg führt, zur rechten Zeit noch gebremst und in die rechten Bahnen wieder eingelenkt haben,

(Lachen bei den Nationalliberalen. — Zurufe.)

Wir begrüßen das und wünschen nur, daß sie immer so an unserer Seite gehen möchten.

(Lachen bei den Nationalliberalen. — Abgeordneter Nitzsche [Leuzsch]: Sie gehen mit Zentrum und Polen!)

Das mag denn nun auch die Erklärung dafür abgeben, weshalb Preußen, manchem vielleicht scheinbar unvermittelt, aber doch, wie ich gezeigt habe, nicht ohne gewisse innere Gründe, sich gegenwärtig als derjenige

Staat fühlt, der sich auf die eigene Selbständigkeit befinnt und seinerseits nun der Demokratisierung und den unitaristischen Bestrebungen entgegentritt. Das sind also Bestrebungen, die man als solche und im Zusammenhang mit der Entwicklung der Verhältnisse, die ich vorhin gekennzeichnet habe, keineswegs verwerfen darf. Auch wir werden unter Umständen in die Lage kommen, uns unitaristischen Bestrebungen entgegenzusetzen, wenn sie sich auf ähnlichem Wege vollziehen sollten, wie schon bei der Vermögenszuwachssteuer. Man soll deshalb aber auch vorsichtig sein und Preußen keinen allzu schweren Vorwurf daraus machen, wenn es sich auf seine Selbständigkeit besinnt.

Und nun noch ein Wort, da gerade hiervon die Rede ist, über Preußen selbst! Meine Herren! Preußen ist nach außen hin nicht überall beliebt, das gebe ich ganz gern zu, aber wenn man die unvergleichlichen Verdienste ins Auge faßt, die gerade dieser Staat um die Errichtung des Reiches hat, wenn man in der Geschichte zurückgeht und sich vor Augen führt, mit welcher Hingabe gerade Preußen und sein großer König und ihm zur Seite ein Fürst Bismarck sich der Aufgabe der Reichsgründung und Reichsförderung gewidmet haben, dann, meine Herren, wird man denn doch wohl anerkennen müssen, daß der Staat Preußen überhaupt ganz besonders oder in Zeiläufigen, die man vom Reichsstandpunkte aus rückläufig nennen muß, ein Recht hat, seine warnende Stimme zu erheben, und wenn das insonderheit geschieht unter Bezugnahme auf das Bebel'sche Wort, der sehr mit Recht und die Verhältnisse richtig erkennend in Preußen das größte Hindernis für die Entwicklung der destruktiven Tendenzen der Umsturzparteien sah —, ich sage, wenn man das insonderheit tut mit Rücksicht auf jenes Bebel'sche Wort, dann wird man das Vorgehen des Preußentages nur um so mehr verstehen können.

Und nun, meine Herren, da einmal vom Reiche gesprochen und über die Stellung der Gliedstaaten, insonderheit Sachsens, zum Reiche aus Anlaß der neuen Steuern gehandelt worden ist, so stehen wir auf konservativer Seite nicht an, uns vollständig den Standpunkt zu eigen zu machen, der von der königlichen Staatsregierung in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes eingenommen worden ist,

(Sehr gut! rechts.)

den Standpunkt: Dem Reiche, was des Reiches ist, aber auch den Einzelstaaten, was der Einzelstaaten ist!

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch.